23.09.2015

Gesetzentwurf

der Fraktion der CDU

Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes (LPIG)

A Problem

Am 29.01.2013 hat der Landtag Nordrhein-Westfalen das „Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen“ beschlossen, durch welches unter anderem § 12 Landesplanungsgesetz (LPIG) wie folgt geändert wurde:

1. § 12 Absatz 3 wurde wie folgt gefasst: „(3) Vorliegende Fachbeiträge und Konzepte (z.B. Klimaschutzkonzepte) sind bei der Erarbeitung von Raumordnungsplänen zu berücksichtigen.“
2. § 12 wurde folgender Absatz 6 angefügt: „(6) In den Raumordnungsplänen sind die räumlichen Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel als Ziele und Grundsätze der Raumordnung festzulegen. Zur raumordnerischen Umsetzung des § 3 Klimaschutzgesetz Nordrhein-Westfalen sind die genannten Klimaschutzziele als raumbezogene Ziele und Grundsätze umzusetzen und/oder nachgeordneten Planungsebenen entsprechende räumliche Konkretisierungsaufträge zu erteilen.“
3. § 12 wurde folgender Absatz 7 angefügt: „(7) Die Raumordnungspläne müssen auch diejenigen Festlegungen des Klimaschutzplans NRW umsetzen, die gemäß §6 Absatz 6 Klimaschutzgesetz NRW für verbindlich erklärt worden sind, soweit sie durch Ziele oder Grundsätze der Raumordnung gesichert werden können.“

Diese Änderungen des § 12 LPIG stoßen seit Jahren bei Kommunen, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden auf große Kritik.

So verstößt die vorgesehene Umsetzungspflicht von Festlegungen des Klimaschutzplans in den Regionalplänen gegen das in den §§ 4 und 5 ROG normierte Verhältnis der Fachplanung zur Raumordnung. Diese Normen schreiben gerade den umgekehrten Fall vor, nämlich die Bindung der Fachplanungsträger an raumordnerische Festlegungen. Wenn die Raumordnung jedoch eine Fachplanung konkretisieren muss, so wie § 12 LPIG dies nun vorschreibt, kann sie nicht mehr ihre Aufgabe als Gesamtplanung erfüllen und unterschiedliche

Datum des Originals: 22.09.2015/Ausgegeben: 25.09.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Fachplanungen und Nutzungsansprüche an den Raum koordinieren und ausgleichen. Sie wird damit zum Ausführungsinstrument einer Fachplanung degradiert. Mit diesem Systembruch gehen erhebliche rechtliche Bedenken einher.

Hinzu kommt, dass die Anordnung, Klimaschutzziele über die Raumordnungspläne umzusetzen, inhaltlich nicht hinreichend bestimmt ist. Das ist im Fall des Klimaschutzplans kein einmaliges, sondern ein fortdauerndes Problem, da der Klimaschutzplan nach § 6 Absatz 2 Klimaschutzgesetz Nordrhein-Westfalen alle fünf Jahre fortgeschrieben werden soll. Eine inhaltlich nicht hinreichend bestimmte und damit in ihren Auswirkungen nicht absehbare Regelung erzeugt jedoch ein hohes Maß an Rechts-, Planungs- und Investitionsunsicherheit. Investitionsentscheidungen von Unternehmen haben in der Regel einen längeren Planungszeitraum als fünf Jahre. Unternehmen können umfangreiche Projekte in Nordrhein-Westfalen nur noch dann in Angriff nehmen, wenn keine klimarelevanten Auswirkungen zu vermuten sind oder wenn die Projekte vor der nächsten anstehenden Aktualisierung des Klimaschutzplans beendet werden können. Dies ist angesichts immer umfangreicherer Planungs- und Genehmigungsverfahren jedoch höchst fraglich. Die dauerhaft fehlende Rechtssicherheit stellt ein erhebliches Investitionshemmnis dar.

Die Folge: Im Vergleich zu anderen Bundesländern weisen die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen eine zu geringe Investitionsquote auf. So liegt nach Auskunft von IT.NRW die Investitionsquote der baden-württembergischen Industrie um 29% höher, die der bayrischen Industrie um 18% und die der hessischen Industrie immer noch um 11%. Nur Unternehmen in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern investieren weniger als Unternehmen in Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen droht die schleichende De-Industrialisierung durch fortschreitende Des-Investition.

B Lösung

Die durch das „Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen“ vorgenommenen Änderungen an § 12 LPIG müssen zurückgenommen werden. Der von der Landesregierung angekündigte Verzicht auf eine Umsetzung der Vorgaben des § 12 LPIG im Landesentwicklungsplan (LEP) alleine reicht hierfür jedoch nicht aus. Ohne eine Rücknahme der Änderungen müssten die Vorgaben des § 12 LPIG in den nachgeordneten Raumordnungsplänen, insbesondere in den Regionalplänen, weiterhin vollzogen werden. Dem trägt der vorliegende Gesetzentwurf durch Rücknahme der Änderungen in § 12 LPIG Rechnung.

C Alternativen

Keine.

D Finanzielle Auswirkungen

Belastungen für den Landeshaushalt sind nicht ersichtlich. Durch eine Steigerung der Investitionsbereitschaft könnte es hingegen auf der Einnahmenseite zu erheblichen Verbesserungen kommen.

E Auswirkung auf die Selbstverwaltung und die Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände

Keine.

F Finanzielle Auswirkungen auf die Unternehmen und die privaten Haushalte

Keine.

G Befristung

Weil es sich um ein Änderungsgesetz handelt, scheidet eine gesonderte Befristung des Gesetzes aus.

G e g e n ü b e r s t e l l u n g

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Auszug aus den geltenden Gesetzesbestimmungen

Änderung des Landesplanungsgesetzes

Das Landesplanungsgesetz (LPIG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Mai 2005 (Gv.NRW, S. 430), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen vom 29. Januar 2013 (Gv.NRW, S. 32), wird wie folgt geändert:

1. § 12 Landesplanungsgesetz (LPIG) wird wie folgt geändert:

- a) § 12 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Vorliegende Fachbeiträge sind bei der Erarbeitung von Raumordnungsplänen zu berücksichtigen.“

- b) § 12 Absatz 6 wird ersatzlos gestrichen.

Gesetz zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes NRW

§ 12

Allgemeine Vorschriften für Raumordnungspläne

(1) Raumordnungspläne bestehen aus textlichen oder zeichnerischen Festlegungen mit zugeordneten Erläuterungen.

(2) Sofern nicht ausdrücklich anders festgelegt, haben Vorranggebiete zugleich die Wirkung von Eignungsgebieten.

(3) Vorliegende Fachbeiträge und Konzepte (z. B. Klimaschutzkonzepte) sind bei der Erarbeitung von Raumordnungsplänen zu berücksichtigen.

(4) Ist bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen eine Umweltprüfung erforderlich, ist diese nach § 9 Raumordnungsgesetz durchzuführen.

(5) Die Landesentwicklungspläne sind mit benachbarten Bundesländern, die übrigen Raumordnungspläne mit angrenzenden Planungsräumen abzustimmen.

(6) In den Raumordnungsplänen sind die räumlichen Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel als Ziele und Grundsätze der Raumordnung festzulegen. Zur raumordnerischen Umsetzung des § 3 Klimaschutzgesetz Nordrhein-Westfalen sind die genannten

Klimaschutzziele als raumbezogene Ziele und Grundsätze umzusetzen und/oder nachgeordneten Planungsebenen entsprechende räumliche Konkretisierungsaufträge zu erteilen.

- c) § 12 Absatz 7 wird ersatzlos gestrichen.

(7) Die Raumordnungspläne müssen auch diejenigen Festlegungen des Klimaschutzplans NRW umsetzen, die gemäß § 6 Absatz 6 Klimaschutzgesetz NRW für verbindlich erklärt worden sind, soweit sie durch Ziele oder Grundsätze der Raumordnung gesichert werden können.

2. Inkrafttreten

Das Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Begründung:

Die in § 12 LPIG vorgesehene Umsetzungspflicht von Festlegungen des Klimaschutzplans in den Raumordnungsplänen verstößt gegen das in den §§ 4 und 5 ROG normierte Verhältnis der Fachplanung zur Raumordnung.

Die Umsetzungspflicht stellt zudem ein erhebliches Investitionshemmnis dar.

Die in § 12 LPIG vorgesehene Umsetzungspflicht ist zudem überflüssig, da die Landesregierung bereits auf eine Umsetzung im Landesentwicklungsplan verzichtet.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
Hendrik Wüst

und Fraktion